



PROF. DR. HANS-PETER MAYER
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Brüssel, 7. Dezember 1999

Pressemeldung 11/99:

Zusammenarbeit zwischen demokratischen Parteien als bester Weg zu Demokratisierung Südosteuropas

Der Europaabgeordnete Prof. Dr. Hans-Peter Mayer zur Konferenz der EVP/ED- Fraktion mit oppositionellen Parteien aus Südosteuropa in Banja-Luka

Am 3. und 4. Dezember trafen sich acht Abgeordnete der Fraktion der Europäischen Volkspartei und europäischer Demokraten (EVP/ED), der größten Fraktion im Europäischen Parlament, mit über 30 Vertretern politischer Parteien aus Südosteuropa in Banja Luka (Bosnien-Herzegowina), um gemeinsame Wege zur Stärkung der Demokratie in Südosteuropa zu finden.

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, Europaabgeordneter aus dem Oldenburger Raum, nahm gemeinsam mit anderen Abgeordneten aus Deutschland, den Niederlanden, Griechenland und dem Vereinigten Königreich an dieser Konferenz teil, zu der die Konrad-Adenauer-Stiftung Sarajewo in Zusammenarbeit mit dem Robert-Schuman-Institut Budapest eingeladen hatte. Unter dem Thema „Wie können wir gemeinsam den demokratischen Wandel in Südosteuropa unterstützen?“ sollten Wege aufgezeigt werden, um die Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien in Südosteuropa, die gleiche politische Ansichten wie die EVP/ED vertreten, zu fördern. Es wurde eine Prioritätenliste für mögliche Hilfsaktionen erarbeitet.

Im Rahmen dieser Konferenz erklärte Hans-Peter Mayer, daß eine dichte Zusammenarbeit zwischen demokratischen Parteien in Europa und Südosteuropa der beste Weg sei, die demokratische Entwicklung in dieser Region zu fördern. Alle Bürger Bosnien-Herzegowinas müßten sich als Bürger mit gleichen Rechten fühlen und die ganze Region müsse näher an Europa herangeführt werden. Dies sei Europa den Balkanstaaten und seinem eigenen Sicherheitsinteresse schuldig.

Nach einer intensiven Diskussion zwischen den Vertretern von Parteien Südosteuropas und der EVP/ED-Delegation wurden eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Parteien Südosteuropas, die Förderung von Partnerschaften zwischen Parteien der Region Südosteuropas und der EU, Zusammenkünfte junger Menschen von verschiedenen Parteien und die Unterstützung politischer Parteien z. B. durch Wahlkampftraining als Vorschläge für die künftige Zusammenarbeit benannt. Prof. Mayer erklärte dazu, Initiativen zu solcher Zusammenarbeit könnten auch aus dem Oldenburger Raum kommen. „Gerade die jungen Menschen sollten sich in der Zusammenarbeit mit den Parteien Südosteuropas engagieren. Der Friede im Europa von morgen kann nur auf der Grundlage solcher Erfahrungen gewährleistet werden.“